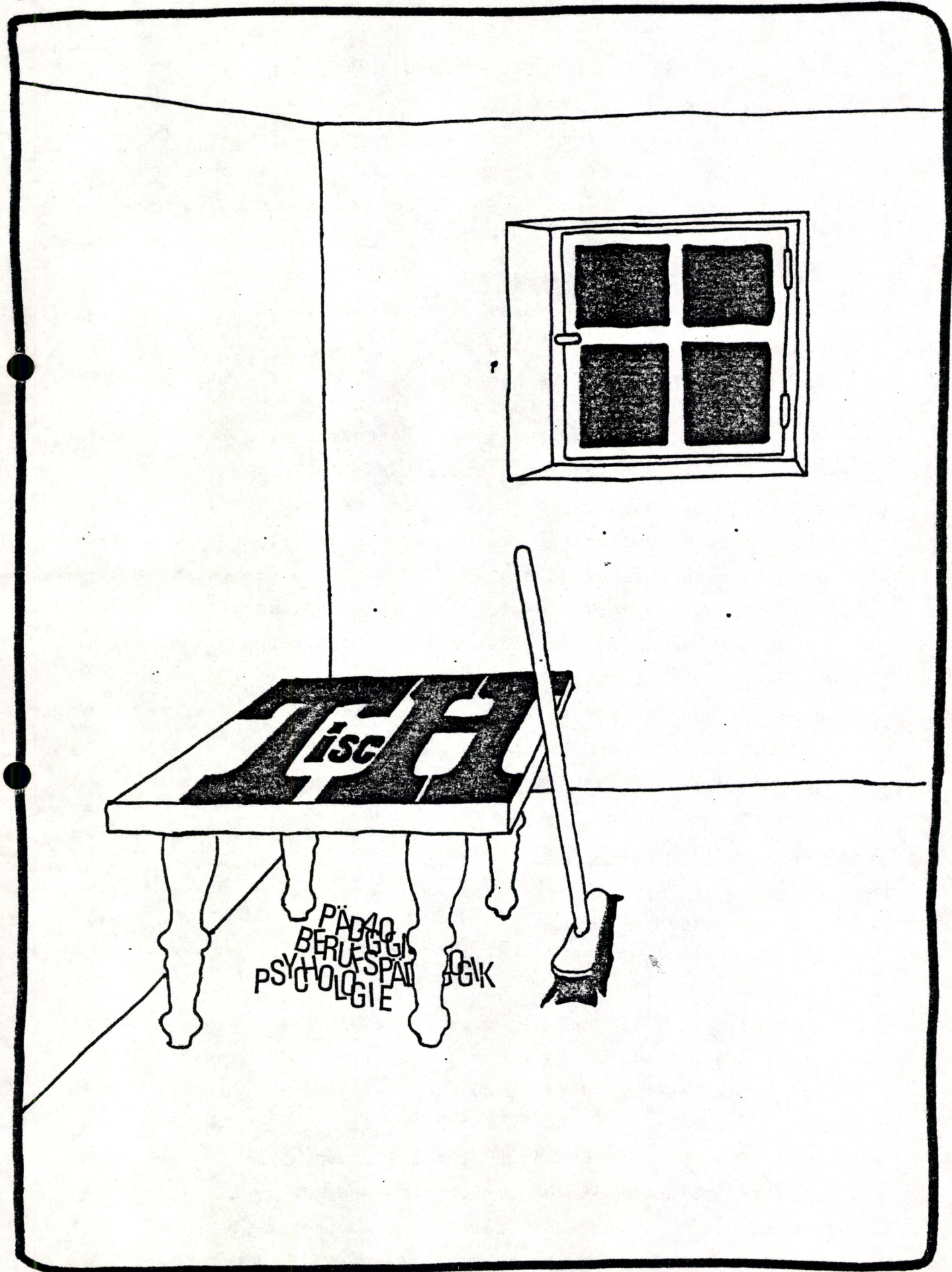


FB 3

BERUFSPÄDAGOGIK
PÄDAGOGIK
PSYCHOLOGIE

INFO



RÜCKBLICK DER FACHSCHAFTSARBEIT IM WS 83/84 ZUM THEMA FRIEDEN

Am 20.10. - dem Widerstandstag der Schulen und Hochschulen - fanden auch an unserer Hochschule zahlreiche Aktionen gegen die anstehende Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles statt. Vom Hochschulpräsidenten wurde für diesen Tag vorlesungsfrei empfohlen, damit sich jeder an den Work-Shops, dem Sternmarsch zum Luisenplatz und der anschließenden Vollversammlung beteiligen konnte. Auf dieser VV wurde eine Resolution verabschiedet, die von der TH-Friedensinitiative u.a. formuliert worden war. Deren wesentlichsten Forderungen waren:

1. Aufhebung des Beschlusses, Pershing II-Raketen und Cruise Missiles in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren.
2. Reduktion der öffentlichen Ausgaben für militärische Zwecke.
3. Abbau der Rüstungsforschung; Einrichtung und Verstärkung der Konflikt- und Friedensforschung.

Nachdem am 21. November der Bundestag über unser Schicksal entschieden hatte (Ja zur Stationierung trotz dem massiven Protest der Bevölkerung), fand in unserem Fachbereich eine VV statt. Mit einer Diasserie zum Thema "Sicherheitspolitik" versuchten wir, über die Ursachen und Zusammenhänge der Rüstungsdynamik von Ost und West zu informieren. Im Rahmen der Diasserie wurde auch auf die irrationalen Feindbilder eingegangen, mit denen die gigantischen Rüstungsausgaben vor der Bevölkerung legitimiert werden sollen.

Nach einer Diskussion wurde über die Teilnahme des Fb 3 an der bundesweiten Urabstimmung der Hochschulen abgestimmt. In der Urabstimmung, die bis zum 10.12.83 abgeschlossen war - sollte jeder Student sein politisches Votum gegen die Stationierung einlegen.

Ergebnisse der Urabstimmung:

Beteiligung am Fachbereich 3:	38,1%	gegen Stationierung
Beteiligung THD gesamt	: 29,6%	" "
bundesweite Beteiligung	: 32,2%	



Am 12. Dez. 83, dem 1. nationalen Widerstandstag gegen die vom Bundestag beschlossene Stationierung (am 12.12.1979 faßte die Nato in Brüssel den sog. Doppelbeschluß), unterstützten wir einen vom Fachbereich Maschinenbau organisierten Demonstrationzug zur TH-Lichtwiese, wo mit einigen hundert Kreuzen ein Mahnmahl als Protest gegen den verhängnisvollen Stationierungsbeschluß errichtet wurde. Jedes Kreuz symbolisierte eine nach dem Atomkrieg zerstörte europäische Stadt ("Plan Euroshima"). Über diese spektakuläre Aktion berichteten sogar beide Darmstädter Zeitungen.

-2-

Parallel zu diesen Aktionen stellten wir im Fachbereichsrat den Antrag, die Protestresolution gegen Raketenstationierung zu unterstützen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, sagten wir uns, nach dem unser Antrag bereits 2mal vertagt wurde und bestanden auf der Diskussion zur Unterstützung der TH-Protestresolution vom 20.10.83. Mit Hinweis auf den Konventsbeschuß vom 23.11.83 versuchte man auch am 12. Januar, unseren Antrag unter den Tisch zu kehren.

Für uns gibt es keinen Widerspruch zwischen dem Konventsbeschuß, der die Fachbereiche zur Behandlung von Rüstung/Abrüstung, Krieg und Frieden in Forschung und Lehre auffordert, Wir begrüßen diesen Beschuß, aber ebenso notwendig ist es, zum Stationierungsbeschuß von neuen Mittelstreckenraketen Stellung zu beziehen, mit dem wir dem 3. Weltkrieg ein Stück näher gerückt sind. Der Ausverkauf, den die Bundesregierung mit der Bundesrepublik betreibt, darf nicht einfach so hingenommen werden.

Die Protestresolution weist sicher einige Schwächen auf und das Argument, es wären bereits genügend Resolutionen verabschiedet, ist nicht von der Hand zu weisen, aber was ist die Alternative - Rückzug zu Forschung und Lehre? Nein, ebenso ist politisches Handeln erforderlich, so daß wir auf Abstimmung unseres Antrages bestanden. Ein positiver Beschuß hätte auch anspornende Auswirkungen auf andere Fachbereiche haben können.

Es sollte aber nicht so sein, wieso -dazu mehr in den Kommentaren.



Kommentare zum FBR am 12.1.1984



US-INTERVENTION IN GRENADA

DROHENDE US-INTERVENTION IN NICARAGUA

US-MARINES IM LIBANON

BOMBARDEMENT DER SÜDAFRIKANER AUF ANGOLA

STATIONIERUNG NEUER MITTELSTRECKENRAKETEN IN DER BRD

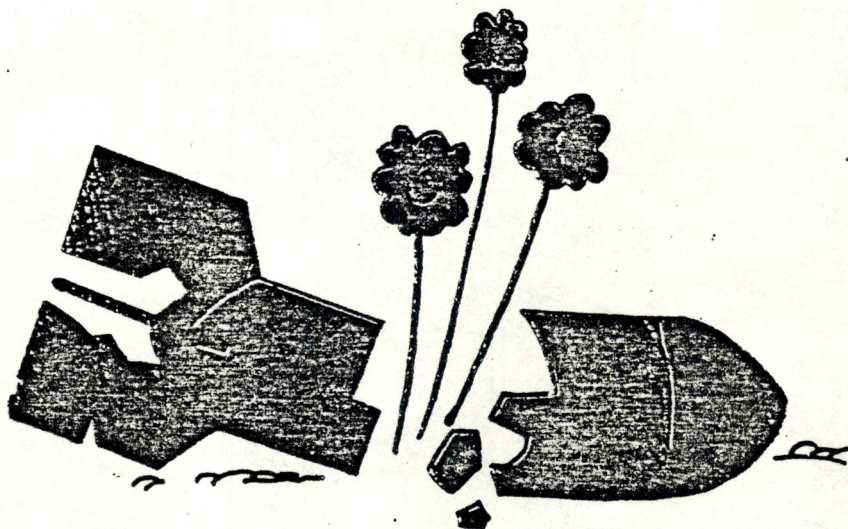
Die Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges rückt näher.

Dritter Weltkrieg, das heißt atomare Verwüstung der Erde.

Gerade wir in der Bundesrepublik sind aufgefordert, ^{uns} aktiv für die Sicherung des Friedens einzusetzen, insbesondere heißt das, die Raketenstationierung rückgängig zu machen.

Das war auch unsere Intention, als wir im Fachbereichsrat den Antrag zur Diskussion der TH-Resolution gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen stellten, denn Frieden ist notwendige Voraussetzung für Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Das dann, als es zur Abstimmung der Resolution kommen sollte, sich einige Professoren, die uns doch zu Verantwortungsbewußten Lehrern, Psychologen und Pädagogen ausbilden sollen, sich in ihren Sessel zurücklehnten und im Protokoll vermerken ließen, daß sie im Falle einer Abstimmung als geistig nicht anwesend zu betrachten seien, ist uns unbegreiflich. So leicht kann man sich nicht aus der Verantwortung ^{ziehen} zu mal sich durch diese undemokratische Haltung jeder Antrag sprengen ließe.



Wir möchten nur an den Vortrag von Herrn Podlech, den er auf der Fachbereichsratsitzung vom Januar 1933 hielt, erinnern, in dem er auf die spezielle politische Ohnmacht der deutschen Universitäten hinwies. "Erstens haben die deutschen Universitäten 1933 darauf verzichtet, kollektiv und als Korporation, d.h. durch ihre Organe für ihre Mitglieder handelnd politisch der neuen, für die Autonomie der Universität tödlichen Ordnung zu widerstehen. Man kann sagen: 1933 dankte die deutsche Universität freiwillig und nicht ohne inneren Grund als öffentlichkeitsgestaltende Institution ab (Dr. A. Podlech: Memorandum zum Recht der Universitäten, nach eigenen Regeln öffentlich über die öffentlichen Dinge denken und korporativ reden zu dürfen).

Haben wir aus der Geschichte gelernt?

Die Fachbereichsratsitzung vom 12.1.84 läßt daran begründete Zweifel aufkommen.

Gerade angesichts der drohenden Weltkriegsgefahr können sich Wissenschaftler nicht auf Forschung allein beschränken.

Wir sind der Meinung, daß hinsichtlich der Friedenssicherung und Abrüstung noch viele Forschungsbeiträge notwendig sind, aber ebenso notwendig ist politisches Handeln, daß die Diskussion anregt, Bewegung schafft, damit wir noch mehr werden, die aktiv gegen die Raketenstationierung auftreten.

"Man muß immerfort aufpassen
und handeln.

Wer bloß zusieht, wartet vergebens,
daß Frieden wird:
es wird nur Krieg.

Der Krieg kommt schon, wenn
man einfach nichts gegen ihn
tut."

(Heinrich Mann, 1933)



Die Fachbereichsratsitzung vom 12.1.84 schien zum Höhepunkt der diesjährigen Fastnachtskampagne zu werden. Beim Tagesordnungspunkt Verabschiedung der TH-Resolution gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen versprach Oberförster G., verkleidet als Jung-Siegfried,* die Tarnkappe überzuziehen; man möge ihn sodann als nicht anwesend betrachten. Die treuen Nibelungen schlossen sich ihm an. In einer anderen Verkleidung Prof. Sorglos, er wählte die Rolle des Faust. Zwei Seelen wohnten ach' in seiner Brust; die eine ist unendlich friedensbewegt, jedoch die andere verbietet, sich zu bewegen.

Don Quichotte war zwiefach vertreten. Die zu traurigen Gestalten verkommenen Recken Kant und Rousseau mochten ihre müden rheumatischen Knochen schonen. Der Kampf ist ihnen abhold, läßt sich im warmen Stübchen Utopia doch leichter ersinnen. Für Stimmung sollte Annemarie Renger sorgen, der bereits in Übersee bekannte Akteur zeigte sich über und über mit "Liberal" Ansteckern behangen. Kaum in der Bütt kalauerte er über Wissenschaftlichkeit von Definitionen. Trotz mäßigen Lachern gebührte ihm der Empiriker-Orden der diesjährigen Kampagne.

* die Namen wurden von der Redaktion geändert

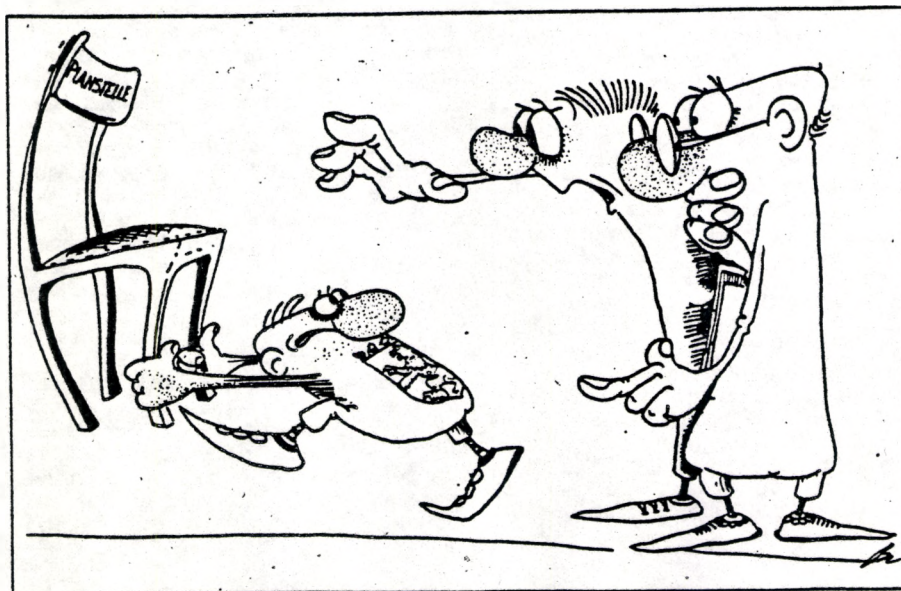
Stellenstreichung in der Lehrerbildung

Am 19.1.84 unternahm der Fachbereichsrat einen erneuten Anlauf, von der TH-Spitze Aussagen zur "Zukunft der Lehrerbildung" zu ergattern. TH-Präsident Böhme hatte sich wie immer entschuldigen lassen, wurde diesmal jedoch würdig durch die Herren Blankenburg und Theiß vertreten. Sie stellten die Lage wie folgt dar:

Nach einem 'Reduktionserlaß' des Hessischen Kultusministers vom Dezember 1982 sollen bis 1990 110 wissenschaftliche, nicht näher bestimmte Stellen in der hessischen Lehrerbildung gestrichen werden. Auf die THD entfallen hierbei 9 1/2 Stellen, 3 bereits abgebaute werden angerechnet (Diskussionsergebnis vom Dezember 1983).

Zur Streichung der verbleibenden 6 1/2 Stellen stehen nach dem Willen der TH-Führung allein die Fachbereiche 2 und 3 zur Verfügung. Es geht ja auch nicht an, die Kapazität der technischen Fachbereiche zu beschneiden und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gefährden (denn daran hängt ja das "Wohl des deutschen Volkes") - soweit die mehr oder weniger kunstreich umschriebene Begründung im Klartext.

Diese Maßnahmen stehen nicht allein: Im Dezember 1983 wurde die C 3 -Professur (ehemals Knapp) für die weitere Besetzung gesperrt. Die Institute des Fachbereichs leiden schon chronisch an einer Unterausstattung an wissenschaftlichen Mitarbeitern, was zuweilen zu heftigen Verteilungskämpfen innerhalb (!) des Fb 3 führt. Auch die materielle Ausstattung (HiWi-Gelder, etc) geht zurück.



Herr Koneffke stellte im Rat die berechtigte Frage, wie lange es dauert, bis der Fachbereich 3 dermaßen personell und materiell ausgeblutet ist, daß er nicht mehr funktionsfähig ist.

Wieder einmal soll also das Bildungswesen vermeintlichen ökonomischen Zwängen Rechnung tragen. Dies geschieht aktuell unter der Annahme, daß zuviel Lehrer ausgebildet werden (Herr Theis läßt offen, ob nicht schon 1990 ein Notprogramm zur Lehrerbildung 'gefahren' werden muß, wenn sich für das Jahr 2000 ein eklatanter Lehrermangel abzeichnet) und 'gespart' werden muß, wie von 'Oben' verordnet. Dies zwingt die Verwalter des Sachzwangs, Mittel in volkswirtschaftlich effizientere Bereiche umzuleiten.

Wir haben keine Rezept für das weitere Vorgehen, fordern Euch jedoch auf, Euch Gedanken zu machen, was man/frau dagegen tun kann, daß das Lehrerstudium an der THD 'auf die kalte Tour' abgeschafft wird!

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Forschung und Lehre am Fb 3 zur Konkursmasse eines sich bankrott erklärenden Staates verkommt!

30. Jan. 1. 2. Widerstandstag der Friedensbewegung

Hochschullehrer ließen Arbeit ruhen

ojw. BERLIN. Unbeeindruckt von Sanktionsdrohungen staatlicher und universitärer Stellen verwirklichten 90 Westberliner Hochschullehrer am Montag ihr Vorhaben, zum 51. Jahrestag von Hitlers „Machtergreifung“ aus Protest gegen die Hochrüstung für einen Tag ihre Tätigkeit in Lehre und Forschung einzustellen.

Wie der Philosoph Ernst Tugendhat dazu im evangelischen Martin-Niemöller-Zentrum in Dahlem erklärte, sei man sich der „Illegalität“ dieser Aktion bewußt und sehe den disziplinarischen Folgen gelassen entgegen. Die Wissenschaftler könnten als akademische Lehrer ihr Berufsbild „nicht bloß in der Vermittlung von Wissen sehen, sondern auch in der Erziehung gegen Duckmäusertum“. Die Gefahr durch die atomare Bedrohung sei so einzigartig, daß die Hochschullehrer es geradezu als ihre Pflicht betrachten, „auch legalistische Tabus durchbrechen für einen Tag der Besinnung“.

Die 90 Hochschullehrer fanden am Montag die Unterstützung von 17 Wis-

senschaftlern aus verschiedenen Ländern, darunter acht aus den USA, die zur Zeit als Gäste der Stadt in der Elite-Denkschule des „Wissenschaftskollegs“ tätig sind und die „symbolische Unterbrechung der normalen Arbeit“ sowie die „alternativen Aktivitäten“ ihrer deutschen Kollegen in einem offenen Brief ausdrücklich begrüßten.

Die „streikenden“ Professoren gingen neben ihrer Teilnahme an inneruniversitären Veranstaltungen am Nachmittag auch an verschiedenen Plätzen der Stadt auf die Straße, um sich — gekennzeichnet durch gelbe Aufkleber mit dem Text „Heute keine Vorlesung. Professoren protestieren gegen Hochrüstung“ — mit ihrem Anliegen der Öffentlichkeit zu stellen. An den Universitäten gingen sie nur vereinzelt dringenden Verpflichtungen wie zum Beispiel unaufschiebbaren Prüfungen nach.

Für den Abend war eine Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern zum Thema „Gegen Hochrüstung und Massenarbeitslosigkeit“ geplant, über deren Veranstaltungsort es in den letzten Tagen heftige Auseinandersetzungen hinter den Kulissen gegeben hatte, die auch am Montagnachmittag noch nicht entschieden waren.

Das Prinzip Bafög

Anmerkungen zum gegenwärtigen
Stand

Nach der Umstellung des BaFöG auf Darlehen für Studenten und der Streichung des Schüler-BaFöG werden jetzt die Hochschulen und die BaFöG-Studenten mit einer weiteren Neuerung konfrontiert.

Die jetzt vorliegende Schöpfung hat folgenden Namen " Verordnung über den leistungsabhängigen Teilerlaß von Ausbildungsförderungslehen (BaFöG-Teilerlaß-VO). Sie hat für die BaFöG-Empfänger Konsequenzen. Den 30 % Besten eines Prüfungsjahrganges soll ein Teil ihrer Darlehensschuld erlassen werden. Bemessungsgrundlage ist die im Abschlußzeugnis ausgewiesene Note (die nicht gerundete). Gibt es eine Ranggleichheit, das heißt, liegen an der Schnittstelle der ersten 30 % mehrere Studenten mit gleich guten Noten, gibt die Fachsemesteranzahl den Ausschlag.

Wer schneller studiert hat, kommt dann in den Genuß des teilweisen Erlasses der Darlehensschuld. Geht man einmal davon aus, daß dieses Papier Ausdruck einer wohlmeinenden und leistungsfördernden Absicht der Bildungspolitik ist, so ergeben sich doch schwerwiegende Bedenken. Einmal gegen die Durchführung der Ver-

ordnung und zum anderen gegen den Sinn, den sie haben soll.

Zur Durchführung ist zu sagen, daß es unserer Meinung äußerst problematisch ist, Listen der BaFöG-Empfänger in den Instituten anzulegen. Auf diese Weise wird, gewollt oder ungewollt, eine Gruppe vom Rest der Studenten abgetrennt, sozusagen diskriminiert. Das Problem des Datenschutzes wird dabei geschickt umgangen. Die Studenten müssen sich auf Befragung selbst melden, sonst haben sie keinen Anspruch auf den Erlaß eines Teilbetrages. Oberflächlich scheint die Existenz einer solchen Liste niemanden zu schaden, bei näherer Betrachtung muß man sich jedoch fragen, ob hier nur die Leistungsfähigkeit der Studenten gefördert werden soll, die BaFöG empfangen. Für uns ist dies ein weiterer Beweis, daß es um eine solche Steigerung offenbar gar nicht zu gehen scheint; es sieht vielmehr so aus, als wolle man den ohnehin schon dürftigen Anteil der Studenten an der Hochschule, die sich von zu Hause aus ein Studium nicht leisten können, gewaltig nach unten drücken. Darüber hinaus hat es den Vorteil, daß nun genau jene Gruppe zum Konkurrenzkampf angestachelt werden soll, für die ohnehin ein Studium etwas schwieriger sein dürfte. So erhofft man sich offenbar, den letzten Rest an Solidarität unter den Studenten zu torpedieren.

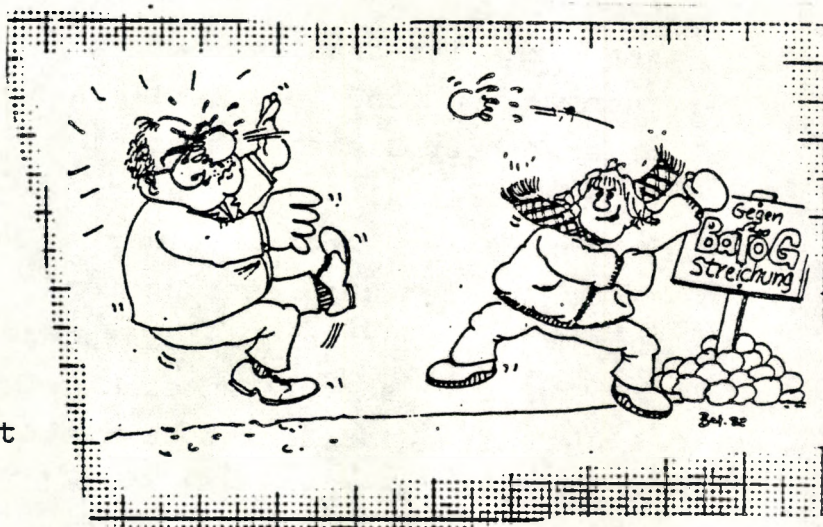
Was die Bemessungsgrundlage anbetrifft, so kann die Verordnung

wirklich nur als schlechter Witz bezeichnet werden, auch wenn es die Betroffenen nicht so empfinden mögen. Nehmen wir als hypothetisches Beispiel einen kleinen Fachbereich (egal welches Studienfach, Hauptsache exotisch), indem nur 5 BaFÖG-Studenten ihrem Studium nachgehen. Lassen sich alle 15 Semester Zeit, 4 bestehen die Prüfung mit 4,0 und einer mit 3,7, so kommt der Letzte mit Sicherheit in den Genuß des teilweisen Darlehneserlasses. Ein anderes, ebenfalls extremes Beispiel, könnte folgendermaßen aussehen. 400 Studenten der Elektrotechnik (alle BaFÖG-Empfänger) bestehen ihre Abschlußprüfung. Vorausgesetzt die Leistungssteigerung schlägt auch beim Lehrpersonal durch und die Studienbedingungen unterliegen keinen weiteren Verschärfungen (z.B. keine Stellenstreichungen mehr), so daß der letzte der ersten 30 % einen Notendurchschnitt von 2,0 hat und eine große Anzahl weiterer Studenten auf jeden Fall über den o.a. 3,7 unseres glücklichen Exoten liegt, so kommen diese Elektrotechniker trotz besserer Leistungen nicht in den Genuß der Verordnung. So besehen, müssen die gewaltigen Anstrengungen der Bundesbildungsministerin schon jetzt als Fehlschlag bezeichnet werden, ohne daß man auf

weitere wichtige Punkte wie etwa den nötigen und gewaltigen Verwaltungsaufwand oder das sinnlose Verschleudern von Milliardenbeträgen für fragwürdige Rüstungsvorhaben gesondert hinweisen müßte.

Die Verordnung ist ein zynischer Irrtum und Beweis von mangelnder Sensibilität für die Belange der Studenten. Denn selbst der letzte Wackere, der sich ein paar Kröten dazu verdienen will, wird außer Achselzucken nicht viel Neues vom Arbeitsamt mitbringen. Offenbar tritt das Bundesbildungsministerium nun in eine unrühmliche Konkurrenz mit dem Wirtschafts- und dem Verteidigungsministerium.

Die Verordnung ist schlichtweg eine schlechte Leistung. Unser Bundeskanzler hat es sich jedoch nicht nehmen lassen, sie selbst zu unterschreiben. Eine dunkle Vorahnung über die Qualität des Papiers scheint ihn jedoch befallen zu haben. Er hat die Verordnung zum 31.12.85 schon wieder außer Kraft gesetzt. Zur Bewertung und Bestandsaufnahme. Gut' Ding', braucht Weil'.



VSB - das klingt so richtig nach ständischer Interessenvertretung -, so zumindest unser erster Eindruck, als wir die Einladung zur Delegiertenversammlung vom 20. - 22. Januar erhielten. Neugierig gemacht durch Themen wie Frieden und Lehrerarbeitslosigkeit, die auf der Tagesordnung standen, entschlossen wir uns, zu fahren.

Der Erfahrungsaustausch über Studienbedingungen an den einzelnen Hochschulen sowie über die Friedensaktivitäten der Fachschaften und die Auseinandersetzung mit Lehrerarbeitslosigkeit haben es dann auch voll gebracht. Friedenserziehung und Lehrerarbeitslosigkeit werden auch die zentralen Themen der nächsten Versammlung sein. Nun aber noch kurz zur Geschichte des VSB:

Der Verband existiert seit etwa 30 Jahren. Da Lehramtsstudenten, die unmittelbar nach dem Krieg noch nicht an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet wurden, aus dem Verband der deutschen Studentenschaften (VDS) ausgeschlossen waren, gründeten die Berufspädagogikstudenten einen eigenständigen Verband, den Arbeitskreis der Studenten an Berufspädagogischen Hochschulen (ASBH). Infolge der Studentenbewegung änderte sich die stän-

disch-orientierte Politik des ASBH, der 1970 in Verband der Studenten der Berufspädagogik (VSB) umbenannt wurde. Heute arbeitet der VSB auf Grundlage der gewerkschaftlichen Orientierung:

"... ist es die Aufgabe des VSB e.V., die Veränderung der ökonomischen Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse zu unterstützen sowie durch gewerkschaftlichen Kampf in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen und sozialistischen Kräften Bildungspolitik zu betreiben mit dem Ziel der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, wobei einer der notwendigsten Schritte die Durchsetzung der Mitbestimmung sein muß, im besondere für alle diejenigen, welche an Ausbildung, Forschung und Lehre beteiligt sind"(aus der Plattform).

Mitglied im VSB sind die Fachschaften der Berufsschullehrer der RWTH Aachen, der Uni Bremen, Hamburg, Stuttgart und der Carl-v.-Ossietzky-Uni Oldenburg und ab der nächsten Delegiertenversammlung auch unsere Fachschaft (Beschluß v. 26.1.84), denn angesichts einer zunehmenden Verschärfung der Studien- und Lebensbedingungen (Auswirkungen der bildungspolitischen Wende, Sozialabbau, Raketenstationierung) brauchen wir eine starke Interessenvertretung notwendiger denn je.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

GEW - Studentengruppe an der THD

STUDENT UND 35 - STUNDEN - WOCHE

1. Semester: Gott sei Dank - ein Studienplatz! Das läuft ja alles ganz locker an! 2. Semester: Na, das wird ja schon alles werden. 3. Semester: Langsam muß ich mal konkreter in den Uni - Alltag einsteigen. 4.-7- Semester: Als Student im Hauptstudium studiere, schreibe, lese und denke ich viel, sehr viel, zu viel(?). Zwischendurch gehe ich auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage zur Beratung; Zusatzqualifikationen, Praxiserfahrungen sind die Devise und natürlich gute Noten. 8./9. Semester: Einige Ratschläge habe ich befolgt; offensichtlich hatten aber andere Kommilitonen die gleiche Idee; es ist doch ganz schön anstrengend; ich hetze Scheinen hinterher und manchmal überlege ich schon, ob ich anderen von guten Praktikumsmöglichkeiten erzähle - ich brauche selbst doch auch noch eine Bescheinigung. Mal sehen, was wird, jetzt beginnen erstmal die Vorbereitungen zur Prüfung. 10./11./12. Semester: Nach vielen Anstrengungen habe ich endlich meinen Abschluß. Was nun ?

Akademikerarbeitslosigkeit reiht sich immer mehr in die allgemeine Arbeitslosigkeit ein, wenn sie auch prozentual immer noch niedriger liegt. Aber sowohl von den Beschäftigungschancen als auch immer mehr von der materiellen Situation her, werden die Unterschiede immer kleiner; bei den Lehrern z.B. erreichten die Arbeitslosenzahlen schon im letzten Schuljahr 30.000, bei den Juristen stehen 100.000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten 88.000 Studierende gegenüber; bis 1990 ist jährlich mit einem Nachwuchsbedarf von maximal 2.000 Juristen zu rechnen! Leider kann man sich inzwischen die Situation gar nicht fatal genug vorstellen.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

Erster Ansatzpunkt in dieser Situation ist die 35-Std-Woche. Natürlich ist damit nicht die Arbeitslosigkeit beseitigt, aber es handelt sich zweifellos im Moment um das effektivste Mittel der Gewerkschaften zur Verbesserung der Beschäftigungschancen. Grundsätzlich bedeutet 35-Std-Woche in jedem Bereich bis zu 12,5% mehr Beschäftigte. So rechnet die GEW allein in Hessen mit 5.000 weiteren Stellen für Lehrer.

In Anbetracht der Tatsache, daß 85% der Akademiker den Status eines abhängig Beschäftigten haben, ist unstreitig, daß die 35-Std-Woche - soweit sie in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich, sei es eine Forschungsabteilung oder eine Planungsabteilung..., durchgesetzt wird - unter den gleichen Vorüberlegungen [REDACTED] beschäftigungswirksam wird: will ein Konzern, daß seine Forschungsabteilung ihre Arbeit im vollem Umfang aufrecht erhält, so muß er weitere Wissenschaftler einstellen.

Die 35-Std-Woche ist nicht die "Erlösung von allem Elend", aber ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitslosigkeit. Daher ist jede Durchsetzung dieser Forderung, für Studenten eine Verbesserung ihrer Berufsaussichten.

Darüber vermittelt (weniger Konkurrenz), sind die Voraussetzungen geschaffen, daß ein Studium wieder mit weniger Angst und Hetze absolvierbar ist.

Darum rufen wir auf zu jedweder Solidaritätsbekundung und Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die 35-Std-Woche!!!

Wer mehr wissen möchte, wir treffen uns jeden
Montag um 18⁰⁰ Uhr in R 11/101

V.i.s.d.P.: Frank Bohlender, Messeler-Parkstr. 117, 61 Da

Darmstädter Echo 13.12.83

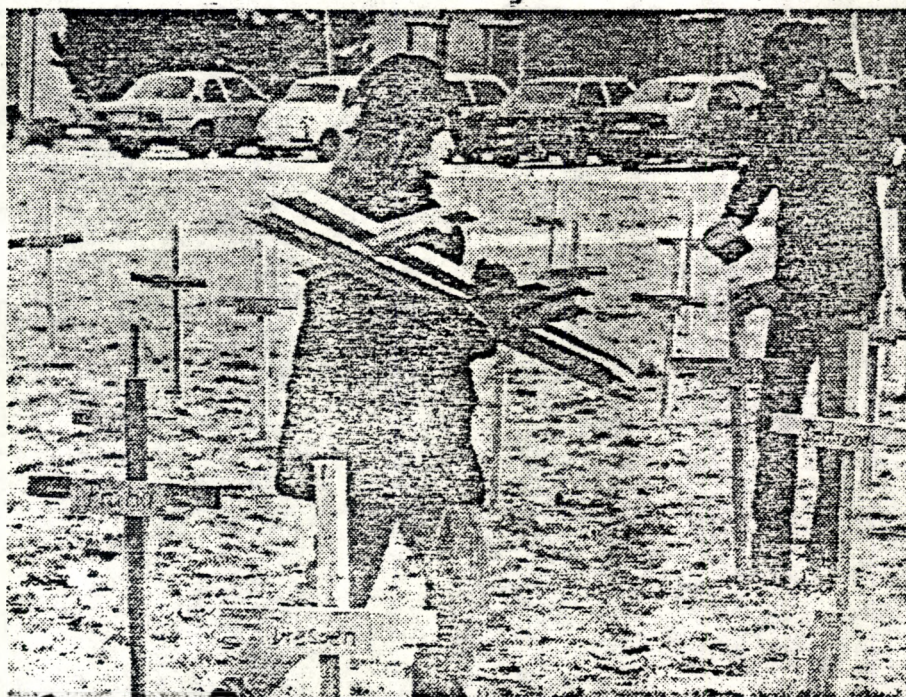


ZWEIHUNDERT HOLZKREUZE stellten gestern Studenten der Technischen Hochschule auf der Lichtwiese auf. Sie tragen die Namen europäischer Städte mit über 100 000 Einwohnern. Mit dieser Aktion zum vierten Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses wollen die Studenten zum Nachdenken über die Nachrüstung und ihre Folgen anregen. (jüs)

Holzkreuze erinnern an Nachrüstung

(li) - Zweihundert einfache Holzkreuze, versehen mit den Namen von europäischen Städten, haben Studenten der Fachschaft Maschinenbau und des Fachschaftsplenums am Montag auf der Lichtwiese aufgestellt. Die Aktion, die als Protest gegen die Nachrüstung angesehen wird, war als Abschluß der in diesen Tagen an den Hochschulen durchgeführten Abstimmung um die Nachrüstung gedacht. Mit großer Mehrheit hatten sich die TH-Studenten gegen die Nachrüstung ausgesprochen. Das Mahnmal aus den Kreuzen soll daran erinnern, daß auch nach dem Stationierungsbeschluß der Bundesregierung die Diskussion um die Nachrüstung aufrecht erhalten werden soll.

Bild: Roman Größer



Darmstädter Tagblatt 13.12.83